# Erklärung zur Aufklärung über subventionserhebliche Tatsachen sowie

# zur Beachtung des Tariftreue- und Vergabegesetzes

|  |
| --- |
| **Antragsteller:**  **Anschrift:**  **Projekt:**  Erklärung zur Aufklärung über subventionserhebliche Tatsachen  **Mir/Uns ist bekannt**, dass die im Antrag für das oben genannte Projekt (und den beigefügten Unterlagen) enthaltenen Tatsachen bzw. Angaben, von denen die Gewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) (Subventionsbetrug) sind und dass ich/wir nach § 1 des Niedersächsischen Subventionsgesetzes vom 22.06.1977 (Nds. GVBI. S. 189) i.V.m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBI. I. S. 2037) in den jeweils geltenden Fassungen verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.  Mir/uns ist ferner bekannt, dass die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung strafrechtlich verfolgt werden kann.  Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere solche,   * die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind, * die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder  Gutachten, des Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder sonstiger dem  Antrag beizufügender Unterlagen sind, * von denen nach Verwaltungsverfahrensrecht, nach Haushaltsrecht oder anderen Rechtsvorschriften die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist, * die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines auf der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen,   - die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.  Erklärung zur Beachtung des Tariftreue- und Vergabegesetzes  Niedersächsischer Antragsteller\*: Ich/Wir verpflichte/verpflichten uns, das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) bzw. das Bremische Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) zu beachten.  Bremer Antragsteller\*:  Ich/Wir verpflichte/verpflichten uns, das Bremische Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) zu beachten sowie allen bei mir/uns beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mindestlohn nach § 9 des Mindestlohngesetzes des Landes Bremen (Landesmindestlohngesetz) zu zahlen.  Ort, Datum Rechtsverbindliche Unterschriften |